



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 12. Juni bis 15. Juni 2023 Straßburg

Ukraine: Anschlag auf den Nova-Kachowka-Damm und den Wiederaufbau des Landes

Am Dienstagmorgen debattieren die Abgeordneten über die Lage in der vom Krieg zerrissenen Ukraine sowie über die künftigen Bemühungen um einen nachhaltigen Wiederaufbau des Landes.

3

Abstimmung über wegweisende Regeln für den Umgang mit künstlicher Intelligenz

Am Mittwoch wollen die Abgeordneten ihre Verhandlungsposition zu neuen Regeln zur Eindämmung der Risiken von künstlicher Intelligenz (KI) und zur Förderung ihrer ethischen Nutzung annehmen.

4

Batterien nachhaltiger, langlebiger und leistungsfähiger machen

Das Parlament will über aktualisierte Vorschriften für die Gestaltung, Herstellung und Abfallbewirtschaftung aller Arten von in der EU verkauften Batterien endgültig abstimmen.

9

Das Parlament auf dem Weg zur Europawahl 2024

Ein Jahr vor der Wahl werden die Abgeordneten über einen Vorschlag zur Zusammensetzung des Parlaments abstimmen und die anstehende Überarbeitung des Wahlrechts erörtern.

10

Weitere Tagesordnungspunkte

20

Untersuchung zu Pegasus-Spähsoftware: Abgeordnete skizzieren notwendige Reformen

Abstimmung über Empfehlungen infolge der Untersuchung der illegalen Nutzung von Pegasus und anderer Spähsoftware und deren Folgen für Demokratie, Zivilgesellschaft und Medien.

6

Abgeordnete legen Prioritäten zur Bekämpfung von Steuermisbrauch und Geldwäsche fest

Die Abgeordneten werden am Mittwoch die Lehren aus den Pandora-Papieren und anderen Enthüllungen erörtern und eine entsprechende Entschließung verabschieden.

19

Prioritäten des Parlaments für den EU-Gipfel vom 29. bis 30. Juni

In einer Debatte am Mittwochmorgen mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen werden die Abgeordneten ihre Erwartungen an den EU-Gipfel vom 29. bis 30. Juni vorstellen.

8

Abgeordneten fordern faire Vergütung für Praktika

Am Mittwoch wird das Parlament die Kommission auffordern, einen Vorschlag für eine Richtlinie vorzulegen, die die Qualität von Praktika in der EU sicherstellt.

18

Ernährungssicherheit und eine widerstandsfähige EU-Landwirtschaft

In einer Debatte am Dienstag und einer Abstimmung am Mittwoch wollen die Abgeordneten die EU auffordern, Ernährungssicherheit und strategische Autonomie zu stärken.

14

Kosovos Präsidentin Vjosa Osmani spricht vor dem Europäischen Parlament

Am Mittwoch um 11.30 Uhr wird die Präsidentin des Kosovo, Vjosa Osmani, in einer feierlichen Sitzung in Straßburg vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments sprechen.

17

Austausch elektronischer Beweismittel: Abstimmung über einheitliche EU-Regeln

Die neuen Vorschriften sollen grenzüberschreitende strafrechtliche Ermittlungen fördern, indem der Austausch elektronischer Beweismittel gestrafft und die Grundrechte geschützt werden.

15

Zyprischer Präsident Nikos Christodoulidis spricht vor dem Parlament

Die Abgeordneten werden am Dienstagmorgen ab 10:30 Uhr mit dem zyprischen Präsidenten Nikos Christodoulidis über die Europäische Union und ihre Zukunftsaussichten diskutieren.

16

Debatte und Entschließung zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen

Die Abgeordneten erörtern die Überarbeitung des polnischen Wahlgesetzes, das neue Verwaltungsgremium, das die Bürgerrechte bedroht, und das Urteil des EuGH zur Disziplinarkammer.

11

Parlament warnt vor Wasserkrise in Europa

Am Donnerstag werden die Abgeordneten mit Rat und Kommission über die zunehmende Wasserknappheit und Dürre vor der Sommersaison diskutieren.

13

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2023-06-12>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 12. Juni bis 15. Juni 2023 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[EP Multimedia Centre](#)

[EP Newshub](#)

[EP-Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen \(EP Think Tank\)](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

 (+32) 498 98 13 45

 armin.wisdorff@europarl.europa.eu

 presse-DE@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Pressereferent

 (+32) 498 98 33 22


 andreas.kleiner@europarl.europa.eu

 presse-DE@europarl.europa.eu

Thilo KUNZEMANN

Pressereferent in Deutschland

 (+49) 30 2280 1030

 (+49) 171 388 4775

 thilo.kunzemann@europarl.europa.eu

 presse-berlin@europarl.europa.eu

 [@europarl_de](https://twitter.com/europarl_de)

Bernhard SCHINWALD
Pressereferent in Österreich

☎ (+43) 1 516 17211

📱 (+43) 660 373 7367

✉ bernhard.schinwald@europarl.europa.eu

Ukraine: Anschlag auf den Nova-Kachowka-Damm und den Wiederaufbau des Landes

Am Dienstagmorgen debattieren die Abgeordneten über die Lage in der vom Krieg zerrissenen Ukraine sowie über die künftigen Bemühungen um einen nachhaltigen Wiederaufbau des Landes.

Im Mittelpunkt der Debatte steht die Zerstörung des Nowa-Kachowka-Damms, der den Fluss Dnipro in einem von den russischen Streitkräften kontrollierten Gebiet im Süden der Ukraine überquert. Infolge des Dammbrochs und der anschließenden Überschwemmungen mussten bisher Tausende von Menschen aus den umliegenden Gemeinden evakuiert werden. Hochrangige UN-Vertreter haben vor schwerwiegenden und weitreichenden humanitären und ökologischen Folgen gewarnt.

Die Abgeordneten werden auch ihre Ansichten darüber darlegen, wie die Ukraine nachhaltig wieder aufgebaut und in die euroatlantische Gemeinschaft integriert werden kann. [Nach Ansicht der Europäischen Kommission](#) sind für den Wiederaufbau der Ukraine nach Beendigung des Krieges große finanzielle Anstrengungen erforderlich. Die EU leistet bereits einen beträchtlichen Beitrag zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Landes, aber es wird noch mehr Unterstützung nötig sein, um sicherzustellen, dass das Land erfolgreich wiederaufgebaut und auf seinem europäischen Weg unterstützt wird. In Bezug auf die Debatte wird auch eine Entschließung verabschiedet, die am Donnerstag zur Abstimmung gestellt werden soll.

Debatte: Dienstag, 13. Juni

Abstimmung: Donnerstag, 15. Juni

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission, mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[Website des Europäischen Parlaments "Stand with Ukraine" \(auf Englisch\)](#)
[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Abstimmung über wegweisende Regeln für den Umgang mit künstlicher Intelligenz

Am Mittwoch wollen die Abgeordneten ihre Verhandlungsposition zu neuen Regeln zur Eindämmung der Risiken von künstlicher Intelligenz (KI) und zur Förderung ihrer ethischen Nutzung annehmen.

Die Abgeordneten werden am Dienstag debattieren und am Mittwoch über das weltweit erste umfassende Regelwerk abstimmen, das darauf abzielt, KI-Risiken zu bewältigen und Anwendungen von KI zu fördern, die mit EU-Werten einschließlich menschlicher Aufsicht, Datenschutz und Nichtdiskriminierung übereinstimmen.

Die Regeln folgen einem risikobasierten Ansatz und legen Verpflichtungen für Anbietende und Nutzende fest, die sich nach dem Grad des Risikos richten, das die KI erzeugen kann. Sie würden KI-Systeme mit inakzeptablen Risikostufen verbieten.

Die Abgeordneten werden erwartungsgemäß das Verbot von biometrischen Fernidentifizierungssystemen, von Kategorisierungssystemen, die sensible Merkmale verwenden, vorausschauender Polizeiarbeit und Systemen zur Erkennung von Emotionen unterstützen. Sie schlagen auch maßgeschneiderte Regeln für generative KI vor, wie ChatGPT, einschließlich der Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten und der Veröffentlichung von Zusammenfassungen urheberrechtlich geschützter Daten, die für das Training verwendet wurden. Um die KI-Innovation anzukurbeln, schlagen die Abgeordneten Ausnahmeregelungen für Forschungstätigkeiten und quelloffene KI-Komponenten sowie die Nutzung so genannter KI-Reallabore („*regulatory sandboxes*“) oder kontrollierter Umgebungen vor, die von öffentlichen Behörden geschaffen werden, um KI vor ihrem Einsatz zu testen.

Sobald das Parlament seinen Standpunkt angenommen hat, können die Gespräche mit dem Rat über die endgültige Form des Gesetzes beginnen.

Debatte: Dienstag, 13. Juni

Abstimmung: Mittwoch, 14. Juni

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Pressekonferenz: Mittwoch, 14. Juni um 14.00 Uhr, mit den Ko-Berichterstattem Brando Benifei (S&D, Italien) und Dragos Tudorache (Renew, Rumänien)

Weitere Informationen

[Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(11. Mai 2023\)](#)

[Mitberichterstatter Brando Benifei \(S&D, Italien\)](#)

[Mitberichterstatter Dragos Tudorache \(Renew, Rumänien\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

Untersuchung zu Pegasus-Spähsoftware: Abgeordnete skizzieren notwendige Reformen

Abstimmung über Empfehlungen infolge der Untersuchung der illegalen Nutzung von Pegasus und anderer Spähsoftware und deren Folgen für Demokratie, Zivilgesellschaft und Medien.

In einer Debatte am Mittwoch und einer Abstimmung am Donnerstag wird das Parlament seine Vorschläge zur Bekämpfung des Missbrauchs von Spähsoftware in Europa vorstellen. In seinem [im Mai angenommenen Abschlussbericht](#) äußerte der Untersuchungsausschuss, der mit der Untersuchung von Pegasus und anderen Spionageprogrammen befasst war, Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen des Missbrauchs von Spähsoftware auf Demokratie, Zivilgesellschaft und Medien in mehreren EU-Mitgliedstaaten.

Die Empfehlungen des Ausschusses enthalten eine Reihe von Vorschlägen, um Abhilfe zu schaffen, darunter umfassende und faire Untersuchungen mutmaßlicher Missstände, EU-Standards für die Strafverfolgungsbehörden zum legalen Einsatz von Spähsoftware mit Beschränkungen für die Auswahl von Zielpersonen, ein sinnvoller Rechtsbehelf für Personen, die Opfer von Spähsoftware geworden sind, die strikte Durchsetzung der EU-Ausfuhrkontrollvorschriften, ein EU-Technologielabor für Forschung und technische Untersuchungen sowie die Koordinierung mit Drittländern wie den Vereinigten Staaten und Israel.

Hintergrund

Während seines einjährigen Mandats hat der [Untersuchungsausschuss zum Einsatz von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware](#) (PEGA) [Studien](#) in Auftrag gegeben, [Anhörungen](#) mit Sachverständigen und Personen, die von Spähsoftware betroffen waren, durchgeführt und mehrere Informationsbesuche (in [Israel](#), [Polen](#), [Griechenland](#), [Zypern](#), [Ungarn](#) und [Spanien](#)) organisiert.

Debatte: Mittwoch, 14. Juni

Abstimmung: Donnerstag, 15. Juni

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Pressekonferenz: Mittwoch, 14. Juni, 11.00 Uhr, mit dem Ausschussvorsitzenden Jeroen Lenaers (EVP, NL) und der Berichterstatterin Sophie In 't Veld (Renew, NL)

Weitere Informationen

[Entwurf der Entschließung](#)

[Berichterstatteerin Sophie In't Veld \(Renew, Niederlande\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Vom Ausschuss angenommener Bericht](#)

[Der PEGA-Ausschuss](#)

Prioritäten des Parlaments für den EU-Gipfel vom 29. bis 30. Juni

In einer Debatte am Mittwochmorgen mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen werden die Abgeordneten ihre Erwartungen an den EU-Gipfel vom 29. bis 30. Juni vorstellen.

Bei ihrem Treffen in Brüssel konzentrieren sich die Staats- und Regierungschefs auf die jüngsten Entwicklungen im Krieg Russlands gegen die Ukraine, wie die Zerstörung des Kachowka-Staudamms über den Dnipro-Fluss und die dadurch verursachte humanitäre und ökologische Katastrophe. Es wird erwartet, dass sie auch die Wirtschafts- und Haushaltspolitik, das Thema Migration und die Beziehungen der EU zu Drittländern erörtern.

Debatte: Mittwoch, 14. Juni

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Batterien nachhaltiger, langlebiger und leistungsfähiger machen

Das Parlament will über aktualisierte Vorschriften für die Gestaltung, Herstellung und Abfallbewirtschaftung aller Arten von in der EU verkauften Batterien endgültig abstimmen.

Die im [Dezember 2022 mit dem Rat erzielte Einigung](#) zielt darauf ab, einen stärkeren und wettbewerbsfähigeren Industriesektor aufzubauen, der für die Energiewende der EU und für die strategische Autonomie von entscheidender Bedeutung ist. Es werden strengere Anforderungen eingeführt, um Batterien nachhaltiger, langlebiger und leistungsfähiger zu machen, sowie strengere Ziele für Abfallsammlung, Recyclingeffizienz und Materialrückgewinnung.

Die neue Gesetzgebung sieht auch die Einführung einer Erklärung zum CO₂-Fußabdruck und eines digitalen Batteriepasses für bestimmte Arten von Batterien vor. Nach den Vorschriften müssen alle Wirtschaftsakteure, mit Ausnahme von KMU, eine Politik zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht entwickeln und umsetzen.

Die Debatte findet am Dienstagnachmittag statt, die Abstimmung am Mittwoch.

Hintergrund

Im Dezember 2020 legte die Kommission einen [Vorschlag für eine Verordnung über Batterien und Altbatterien](#) vor. Ziel des Vorschlags ist es, das Funktionieren des Binnenmarkts zu stärken, die Kreislaufwirtschaft zu fördern und die ökologischen und sozialen Auswirkungen in allen Phasen des Lebenswegs von Batterien zu verringern. Die Initiative ist eng mit dem europäischen [Grünen Deal](#), dem [Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft](#) und der neuen [Industriestrategie](#) verknüpft.

Debatte: Dienstag, 13. Juni

Abstimmung: Mittwoch, 14. Juni

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Weitere Informationen zu Verfahren und Inhalt](#)

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien – Kreislaufwirtschaft](#)

Das Parlament auf dem Weg zur Europawahl 2024

Ein Jahr vor der Wahl werden die Abgeordneten über einen Vorschlag zur Zusammensetzung des Parlaments abstimmen und die anstehende Überarbeitung des Wahlrechts erörtern.

Nach der Abstimmung im [Ausschuss für konstitutionelle Fragen](#) am Montag wird das Parlament voraussichtlich am Donnerstag über den Vorschlag abstimmen, wie die Sitze des Parlaments in der kommenden Legislaturperiode auf die EU-Länder verteilt werden sollen.

Außerdem werden die Abgeordneten mit der Kommission über die neuesten Entwicklungen bei den Regeln für die Europawahlen diskutieren. Im [Mai 2022 hat das Parlament den Reformprozess für das EU-Wahlgesetz eingeleitet](#), um die 27 separaten Wahlen und ihre unterschiedlichen Regeln in eine einzige Europawahl umzuwandeln. Zu den wichtigsten Vorschlägen gehören ein gesamteuropäischer Wahlkreis und die Harmonisierung der Wahlsysteme und -termine in den Mitgliedstaaten, wogegen einige Länder starke Vorbehalte geäußert haben.

Debatte: Dienstag, 13. Juni (Reform des Wahlrechts)

Abstimmung: Donnerstag, 15. Juni (Zusammensetzung des Parlaments)

Verfahren: Legislativbericht (Zusammensetzung des Parlaments), Erklärung der Kommission (Reform des Wahlrechts)

Weitere Informationen

[Kurzdarstellungen zur Europäischen Union - Organisation und Arbeitsweise des Europäischen Parlaments](#)

[Weitere Informationen zu Inhalt und Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller für die Reform des Wahlrechts der Europäischen Union: Domènec RUIZ DEVESA \(S&D, ES\)](#)

[Mitberichtersteller für die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments: Loránt VINCZE \(EVP, RO\)](#)

[Mitberichtersteller für die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments: Sandro Gozi \(Renew, FR\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Reform des Wahlrechts der Europäischen Union\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Zusammensetzung des Europäischen Parlaments\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Zusammensetzung des Europäischen Parlaments“ \(Juni 2018\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Towards new rules for European elections?" \(September 2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Transnational electoral lists: Ways to Europeanise elections to the European Parliament“ \(Studie, Februar 2021, auf Englisch\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Debatte und EntschlieÙung zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen

Die Abgeordneten erörtern die Überarbeitung des polnischen Wahlgesetzes, das neue Verwaltungsgremium, das die Bürgerrechte bedroht, und das Urteil des EuGH zur Disziplinarkammer.

Die im März 2023 abgeschlossene Revision des polnischen Wahlrechts sieht Änderungen bei den Wahllokalen und die kostenlose Beförderung von älteren und behinderten Menschen am Wahltag vor. Trotz des Arguments der Regierung, dass dies die Demokratie stärken und die Teilnahme benachteiligter Bürger erleichtern würde, argumentiert die Opposition, dass die Änderungen darauf abzielen, die Teilnahme von Wählern zu begünstigen, die traditionell die Regierungspartei unterstützen, und dass die Änderung der Standorte der Wahllokale es für einige Wähler schwieriger machen wird, ein Wahllokal zu finden. Die Opposition ist auch besorgt über den kurzen Zeitrahmen, der für die Umsetzung zur Verfügung steht, da die Wahlen für Herbst 2023 geplant sind.

Auf der [Plenartagung Ende Mai](#) diskutierten die Abgeordneten erstmals über die von der polnischen Regierung für den Zeitraum 2007-2022 eingesetzte "Staatliche Kommission zur Untersuchung der russischen Einflussnahme in die innere Sicherheit Polens". Diese Kommission, die im Mai 2023 geschaffen wurde, wirft ernste Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem EU-Recht auf, da es sich um ein Verwaltungsorgan handelt, das befugt ist, Personen von öffentlichen Ämtern auszuschließen.

Es wird erwartet, dass sich die Abgeordneten auch mit dem [jüngsten Urteil des Europäischen Gerichtshofs](#) befassen werden, das bestätigt, dass die polnische Justizreform vom Dezember 2019, mit der die Disziplinarkammer für Richter eingerichtet wurde, gegen EU-Recht verstößt - eine Position, die das Parlament wiederholt vertreten hat.

Eine EntschlieÙung wird während der Plenarsitzung vom 10. bis 13. Juli zur Abstimmung gestellt.

Aussprache: Mittwoch, 14. Juni

Abstimmung: Juli-Plenartagung

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen

[Verstöße gegen EU-Werte: Was die EU unternehmen kann \(Infografik\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Rule of law-related ‘super milestones’ in the recovery and resilience plans of Hungary and Poland“ \(Januar 2023, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Primacy of EU law and jurisprudence of Polish Constitutional Tribunal“ \(Juni 2022, auf Englisch\)](#)

[Bericht der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit 2022 - Mitteilung und Länderkapitel](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Parlament warnt vor Wasserkrise in Europa

Am Donnerstag werden die Abgeordneten mit Rat und Kommission über die zunehmende Wasserknappheit und Dürre vor der Sommersaison diskutieren.

Es wird erwartet, dass die Abgeordneten verstärkte Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der EU-Wasserressourcen fordern, die bereits seit mehreren Jahren von Trockenheit und sinkenden Grundwasserspiegeln betroffen sind. Die [Auswirkungen der sich abzeichnenden Dürre](#) sind in Frankreich, Spanien und Norditalien bereits sichtbar und geben Anlass zur Sorge über die Wasserversorgung für den menschlichen Gebrauch, die Landwirtschaft und die Energieerzeugung.

Nach den jüngsten Daten der [Europäischen Dürrebeobachtungsstelle](#) (EDO) gilt für mehr als ein Viertel des EU-Gebiets derzeit eine Dürrewarnung, während für 8 % der Fläche bereits der Dürre-Alarm gilt.

Am Montagnachmittag debattieren die Abgeordneten mit der Kommission über die Einführung eines EU-Tages für die Opfer der globalen Klimakrise und stimmen später über eine entsprechende EntschlieÙung ab.

Hintergrund

Seit mehreren Jahrzehnten entwickelt die EU einen [Rahmen für die Verhütung und Abschwächung von Wasserknappheit und Dürre](#) in der EU. Das Parlament und die EU-Länder arbeiten derzeit an einer [Überarbeitung mehrerer wasserpolitischer Maßnahmen der EU](#) im Anschluss an einen Vorschlag zur integrierten Wasserbewirtschaftung im Hinblick auf Oberflächen- und Grundwasserschadstoffe.

Debatte: Donnerstag, 15. Juni

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission

Weitere Informationen

[Europäischen Dürrebeobachtungsstelle](#)

[Gemeinsame Forschungsstelle: Dürre in Europa März 2023](#)

[Europäische Umweltagentur: Wasserressourcen in Europa - Bewältigung von Wasserstress: eine aktualisierte Bewertung](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Ernährungssicherheit und eine widerstandsfähige EU-Landwirtschaft

In einer Debatte am Dienstag und einer Abstimmung am Mittwoch wollen die Abgeordneten die EU auffordern, Ernährungssicherheit und strategische Autonomie zu stärken.

Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie fordert der Textentwurf die Nutzung der strategischen Lebensmittelvorräte der EU, eine Protein- und Futtermittelstrategie, die es den Landwirten ermöglicht, unabhängiger von Drittländern zu werden, neue Züchtungstechniken, um den Einsatz von synthetischen Düngemitteln und Pestiziden zu verringern, sowie Investitionen in digitale Technologien in der Landwirtschaft. Die Abgeordneten fordern außerdem ein spezielles EU-Programm für die Wasserwirtschaft, die Verringerung der Lebensmittelverschwendung und die Gegenseitigkeit im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit Drittländern.

Die Abgeordneten wollen auch Schutzmaßnahmen fordern, um sicherzustellen, dass die landwirtschaftliche Tätigkeit in der EU während der Umsetzung des Green Deal erhalten bleibt.

Debatte: Dienstag, 13. Juni

Abstimmung: Mittwoch, 14. Juni

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[Entwurf des Berichts](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Landwirtschaftsausschuss \(25.04.2023\)](#)

[EP-Berichterstatterin Marlene Mortler \(EVP, DE\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Food security in 2023: EU response to an evolving crisis“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „EU feed autonomy: Closing the gaps in European food security“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Austausch elektronischer Beweismittel: Abstimmung über einheitliche EU-Regeln

Die neuen Vorschriften sollen grenzüberschreitende strafrechtliche Ermittlungen fördern, indem der Austausch elektronischer Beweismittel gestrafft und die Grundrechte geschützt werden.

Das Parlament wird am Montag debattieren und am Dienstag über neue Gesetze abstimmen, die es Behörden in verschiedenen Mitgliedstaaten erleichtern sollen, elektronische Beweismittel untereinander auszutauschen, was bei strafrechtlichen Ermittlungen immer wichtiger wird. [Das mit dem Rat vereinbarte und vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten gebilligte Gesetzespaket](#) würde es den nationalen Behörden ermöglichen, Beweismittel direkt von Diensteanbietern in anderen Mitgliedstaaten anzufordern oder zu verlangen, dass die Daten für die künftige Verwendung gespeichert werden. Die Behörden können auch Beweisanträge ablehnen, wenn Bedenken hinsichtlich der Medienfreiheit oder der Verletzung von Grundrechten bestehen, und die Diensteanbieter werden die Möglichkeit haben, Bedenken hinsichtlich der Medienfreiheit zu melden.

Hintergrund

Strafrechtliche Ermittlungen [stützen sich zunehmend auf elektronische Beweismittel](#), die in Form von Inhaltsdaten (z. B. Text, Sprache, Bilder, Video oder Ton), Verkehrsdaten (z. B. Zeitstempel, Protokoll- und Komprimierungsdetails und Informationen über Empfänger) oder Teilnehmerdaten (Informationen zur Identifizierung eines Teilnehmers oder Kunden) vorliegen können. Derzeit hängt der Austausch dieser Art von Beweismitteln von einer Vielzahl bilateraler und internationaler Rechtshilfeabkommen ab, was zu oft langwierigen Verfahren und unterschiedlichen Regeln in der Europäischen Union führt.

Debatte: Montag, 12. Juni

Abstimmung: Dienstag, 13. Juni

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[Textentwürfe \(Verordnung und Richtlinie\)](#)

[Berichterstatterin Birgit Sippel \(S&D, Deutschland\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Verordnung über elektronische Beweismittel\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Elektronische Beweismittel in Strafverfahren: Richtlinie über Vertreter\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres](#)

Zyprischer Präsident Nikos Christodoulidis spricht vor dem Parlament

Die Abgeordneten werden am Dienstagmorgen ab 10:30 Uhr mit dem zyprischen Präsidenten Nikos Christodoulidis über die Europäische Union und ihre Zukunftsaussichten diskutieren.

Christodoulidis und die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola werden vor der Rede im Plenum zu einem bilateralen Gespräch zusammenkommen.

Dies ist die elfte Aussprache einer Reihe von Debatten über die EU mit dem Titel „Das ist Europa“. Die erste fand auf der Plenartagung im März 2022 mit [Kaja Kallas](#) statt, der Ministerpräsidentin Estlands. Im Mai tauschten sich die Abgeordneten mit dem italienischen Premierminister [Mario Draghi](#) aus, und im Juni mit dem irischen Ministerpräsidenten [Micheál Martin](#) sowie mit dem kroatischen Premier [Andrej Plenković](#). Im Juli redete der griechische Premierminister [Kyriakos Mitsotakis](#) vor dem Parlament, und im September die [finnische Premierministerin Sanna Marin](#). Der slowenische Premier [Robert Golob](#) sprach im Dezember 2022, der litauische Präsident [Gitanas Nausėda](#) im März 2023 und der luxemburgische Premier [Xavier Bettel](#) im April 2023. Der deutsche Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) war am 9. Mai zu Gast im Parlament.

Nikos Christodoulidis wurde 1973 geboren und arbeitete ab 1999 als Berufsdiplomat. Er wurde 2018 zum Außenminister ernannt und wurde im Februar 2023 der 8. Präsident der Republik Zypern.

Aussprache: Dienstag, 13. Juni

Weitere Informationen

[Webseite des Präsidenten der Republik Zypern](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Kosovos Präsidentin Vjosa Osmani spricht vor dem Europäischen Parlament

Am Mittwoch um 11.30 Uhr wird die Präsidentin des Kosovo, Vjosa Osmani, in einer feierlichen Sitzung in Straßburg vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments sprechen.

EP-Präsident Metsola und Präsidentin Osmani werden vor ihrer Rede im Plenum zu einem bilateralen Gespräch zusammenkommen.

Am 3. Juni hat die EU die Gewalttaten im Norden des Kosovo, bei denen Dutzende von [NATO-Soldaten](#) verletzt wurden, auf das Schärfste verurteilt. Auslöser war die Entschlossenheit des Kosovo, neu ernannte, ethnisch albanische Bürgermeister im Norden des Landes in ihr Amt einzusetzen, nachdem die örtlichen Serben die Wahlen boykottiert hatten. Die EU forderte sowohl das Kosovo als auch Serbien nachdrücklich dazu auf, Maßnahmen zur Deeskalation zu ergreifen und die spaltende Rhetorik einzustellen. Sollte dies nicht geschehen, würden entschlossene Maßnahmen folgen, [warnte der EU-Außenbeauftragte in seiner Erklärung](#).

In [zwei im Mai angenommenen Entschlieûungen](#) betonte das Parlament, dass die Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina eine Priorität und eine Vorbedingung für den EU-Beitritt beider Länder ist.

Der Kosovo hat seinen Antrag auf EU-Mitgliedschaft im vergangenen Dezember eingereicht.

Debatte: Mittwoch, 14. Juni

Verfahren: Feierliche Sitzung

Weitere Informationen

[Entschlieûung des Europäischen Parlaments vom 10. Mai 2023 zu dem Bericht 2022 der Kommission über das Kosovo](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Abgeordneten fordern faire Vergütung für Praktika

Am Mittwoch wird das Parlament die Kommission auffordern, einen Vorschlag für eine Richtlinie vorzulegen, die die Qualität von Praktika in der EU sicherstellt.

Nach Ansicht der Abgeordneten sollte die neue Richtlinie über hochwertige Praktika vorsehen, dass Praktikanten durch Mindestqualitätsstandards geschützt werden, einschließlich Regeln für die Dauer von Praktika sowie für die Vergütung und den Zugang zu sozialem Schutz in Übereinstimmung mit nationalen Gesetzen und Praktiken. Es sollten sowohl Pflichtpraktika - die Teil der Berufsausbildung sind - als auch so genannte Praktika auf dem freien Arbeitsmarkt abgedeckt werden.

Der Berichtsentwurf fordert eine angemessene Vergütung für alle Praktika, die mindestens Nahrung, Kleidung, Wohnung und Transport abdeckt, wobei auch die Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden müssen. Die Abgeordneten verlangen von den EU-Mitgliedstaaten, den Zugang zu Praktika für Menschen mit Behinderungen und aus sozial schwachen Verhältnissen zu erleichtern und grenzüberschreitende Praktika zu fördern.

Die Debatte findet am Dienstagabend statt.

Debatte: Dienstag, 13. Juni

Abstimmung: Mittwoch, 14. Juni

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Entwurf des Berichts](#)

[Monica Semedo \(Renew, LU\)](#)

[Eurobarometer: Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung von Praktika](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „The quality of traineeships in the EU“ \(auf Englisch, Januar 2022\)](#)

Abgeordnete legen Prioritäten zur Bekämpfung von Steuermisbrauch und Geldwäsche fest

Die Abgeordneten werden am Mittwoch die Lehren aus den Pandora-Papieren und anderen Enthüllungen erörtern und eine entsprechende EntschlieÙung verabschieden.

Der Bericht fordert die rasche Verabschiedung bereits vorgeschlagener Rechtsvorschriften durch die EU und ein größeres Engagement für die korrekte Umsetzung und Durchsetzung bestehender Abkommen. Die Abgeordneten fordern auch weitere Reformen, wie z.B. wirksamere Maßnahmen gegen Praktiken, die dazu dienen, Vermögen aus dem Ausland durch Steuersysteme anzuziehen, und die Berücksichtigung der Existenz von „digitalen Nomaden“.

Die Empfehlungen sind das Ergebnis der Arbeit des Unterausschusses für Steuerfragen des Europäischen Parlaments, der eine Reihe von öffentlichen Anhörungen durchführte und Informationsbesuche in verschiedenen europäischen Ländern unternahm.

Debatte: Mittwoch, 14. Juni

Abstimmung: Donnerstag, 15. Juni

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(21. März 2023\)](#)

[Pressemitteilungen über die Arbeit des Unterausschusses für Steuerfragen](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU-Mauritius: Durchführung des Abkommens (2022-2026) - Protokoll - Empfehlung: François-Xavier Bellamy, Abstimmung Mittwoch
- EU-Ethikbehörde, Debatte Dienstag
- Fragestunde mit dem EU-Außenbeauftragten zu den Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan und zur Lage in Bergkarabach und am Latschin-Korridor, Dienstag
- Erklärung des EU-Außenbeauftragten zur Lage im Libanon, Debatte Dienstag, Abstimmung Juli
- Erklärung des EU-Außenbeauftragten zur Lage in Nicaragua, Debatte Dienstag, Abstimmung Donnerstag
- Erklärungen von Rat und Kommission zum politischen Dialog und Zusammenarbeit EU-Kuba vor dem Hintergrund des jüngsten Besuchs des EU-Außenbeauftragten auf Kuba, Debatte Dienstag, Abstimmung Juli
- Kalender des Europäischen Parlaments für 2024, Abstimmung Dienstag
- Große Transportinfrastrukturvorhaben in der EU - Bericht: Andrey Novakov, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Erklärung der Kommission zum „Welttag gegen Kinderarbeit“, Montag
- Makrofinanzhilfe für Nordmazedonien - Bericht: Angelika Winzig, Abstimmung Dienstag
- Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG), Udo Bullmann, Petros Kokkalis, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
- Europa zum Investitionsstandort machen - Erklärungen des Rates und der Kommission, Debatte Mittwoch
- Ausweitung des Mandats der Europäischen Staatsanwaltschaft im Hinblick auf den Straftatbestand des Verstoßes gegen restriktive Maßnahmen der Union, Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Mittwoch
- Beitritt der Ukraine zum Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 2. Juli 2019, Anfrage zur mündlichen Beantwortung, Donnerstag
- Forderung nach einer europäischen Strategie gegen Geiseldiplomatie, Erklärung der Kommission, Donnerstag
- Risiken der Leihmutterschaft in der EU, Debatte, Mittwoch